

S7, 15.6.2018

Nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln

■ Meißen
Die Initiative „Bürger für Meißen“ weist Kritik von Linken-Politiker zurück.

Auf die Kritik des ehemaligen Linken-Vorsitzenden Werner Matthes an der Arbeit der Initiative „Bürger für Meißen – Meißen kann mehr“ reagierte deren Sprecher Walter Hannot in einer Pressemitteilung.

Matthes habe recht, wenn er erkläre, dass nie in den letzten 100 Jahren so viel Geld in die Entwicklung der Stadt Meißen

geflossen sei, wie in den letzten 25 Jahren. „Dafür sollten wir als Bürger Meißens wirklich dankbar sein. Ob die Art und Weise des Mitteleinsatzes sowie die Schwerpunktsetzungen der Stadtentwicklung – zum Beispiel Neumarkt-Arkaden, Theaterplatz, Domplatz, Aldi-Markt, Grundstückskauf Höroldtstraße – stets richtig und sinnvoll war, bezweifelt die Bürgerinitiative.“

Ihr gehe es nicht darum, Verdienste aus der Vergangenheit von politisch Verantwortlichen zu schmälern. Vielmehr wolle man nicht, dass die Verdienste der Bürger unter den Tisch gekehrt werden. Das bürgerschaftliche Engagement des Vereins

„Rettet Meißen Jetzt!“ in der Zeit der politischen Wende, das Engagement der Bürgerstiftung für die Jahnhalle sowie des Meißener Kulturvereins für die kulturelle Belebung der Stadt hätten wesentlich zur Entwicklung Meißens beigetragen. „Als Initiative setzen wir uns dafür ein, das Engagement der Bürger bei der weiteren Entwicklung unserer Stadt besser einzubeziehen. Auch ist es uns ein zentrales Anliegen, stadtpolitische Entscheidungsprozesse so zu gestalten, dass sie transparent und nachvollziehbar ablaufen und nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden“, erklärte Hannot weiter und fragt, warum

sich die Stadt Meißen beispielsweise nicht für die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs zur Findung einer guten architektonischen Lösung bei der strittigen Bebauung des Kapellenwegs entscheidet?

Zum Thema Plossenaufstieg merkt der Sprecher an, dass sich Stadtrat und Verwaltung schon auf den Maximalausbau ohne Tonnagebegrenzung entschieden hatten, woraufhin die Bürgerinitiative mehr als 3000 Unterschriften von Meißnern sammelte, die damit zum Ausdruck brachten, „dass sie mit dieser Lösung nicht einverstanden sind“. (SZ/ul)